

# 1

## Erster Tag

Kurt Bodewig, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen .....	9
Gerhard Schröder, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland .....	13
Bärbel Wartenberg-Potter, Landesbischöfin, Nordelbische Evangelisch-lutherische Landeskirche, Lübeck .....	21
Klaus WieseHügel, Bundesvorsitzender der IG Bauen – Agrar – Umwelt .....	29
Wolfgang Tiefensee, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig .....	33
Petra Roth, Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main .....	37
Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München .....	41



Kurt Bodewig

Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Gäste, meine Damen und Herren, die junge Frau, die wir gerade in dem Film gehört haben, stellt die richtigen Fragen. Warum funktioniert das Zusammenleben in der Stadt eigentlich? Funktioniert es? Wer arbeitet daran mit? Wie kann sichergestellt werden, dass bei allem, was neu kommt, Lebensqualität, Prosperität und sozialer Zusammenhalt auch zukünftig erhalten bleiben.

Im Grunde sind dies die Kernfragen der Sozialen Stadt. Wir haben Sie zu unserem Kongress eingeladen, weil wir mit Ihnen bilanzieren wollen, weil wir mit Ihnen über das weitere Vorgehen sprechen wollen. Ich freue mich umso mehr, dass Sie so zahlreich zu diesem Kongress gekommen sind. Mir zeigt dies: die Frage, wie es in unseren Städten weitergeht, treibt die Menschen um,

aber sie treibt auch die Menschen an. Ich glaube, Sie sind dafür der sichtbare Ausdruck.

Die Frage betrifft aus meiner Sicht alle Gebietskörperschaften. Sie ist für uns als Bundesregierung eine Kernfrage der aktiven politischen Gestaltung. Anders ausgedrückt: wir wollen und wir werden unsere Gesellschaft nicht dem Laisser-faire überlassen. Unsere Städte müssen sich stattdessen zu einem Chancenpool entwickeln, müssen wirklich gleiche Chancen für alle Menschen ermöglichen. Faktisch geht es darum, unsere öffentliche Verantwortung zu definieren. Aber es geht auch darum, die Weichen so zu stellen, dass privates Engagement auch in Zukunft möglich ist und auch sinnvoll eingesetzt wird.

Die Ziele sind schnell formuliert: Wir brauchen in den Städten bezahlbaren Wohnraum, ausreichend Raum für Bildung, Sport und Kultur. Wir brauchen für unsere Städte die Wirtschaftskraft der privaten Unternehmen, wir brauchen die Lebensqualität in den Stadtteilen und wir brauchen Verkehrswege für städtische Mobilität. Wenn dies alles zusammenkommt und vor allem zusammenhält, dann wird die Stadt zur sozialen Stadt. Und deswegen ist auch die Frage der Lebensqualität der Städte nur die eine Seite der Medaille; auf der anderen Seite steht dann die Frage der Standortqualität.

Ich will heute hier drei Grundsätze ansprechen, für die die Bundesregierung besondere Verantwortung trägt.

Erstens: Bezahlbarer Wohnraum ist keine Frage, die wir dem freien Spiel der Kräfte überlassen wollen. Nicht jede Familie kann mit eigenem Einkommen die Kosten für die Wohnung aufbringen. Dies gilt insbesondere für städtische Ballungszentren. Hier war über zehn Jahre nicht gehandelt worden. In der Folge entstand in einzelnen Teilen unseres Landes eine neue Wohnungsarmut. Deswegen haben wir gehandelt und haben in einem ersten Schritt das Wohngeld deutlich erhöht. Im zweiten Schritt haben wir die seit langem anstehende Reform des sozialen Wohnungsbaus vorgebracht. Die neue Form

der sozialen Wohnraumförderung ist effizient, und sie ist im Interesse der Länder und Kommunen.

Zweitens: Wir wollen die Städte wirtschaftlich mit gezielter Strukturförderung unterstützen. Hierzu gehört die Städtebauförderung, aber auch etwas, das in den neuen Bundesländern für ganz besondere Herausforderungen gesorgt hat. Wir geben jetzt die Antwort mit dem Stadtumbauprogramm Ost und mit einer massiven finanziellen Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. In der Bilanz können wir festhalten: Unsere Investitionen für die Städte haben sich seit 1998 verdoppelt, eine nicht eben einfache Anstrengung angesichts der Haushaltskonsolidierung, aber eine überaus sinnvolle. Wir haben die Mittel für den ÖPNV in vier Jahren um 600 Millionen Euro angehoben – zurecht, denn täglich nutzen 26 Millionen Menschen Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr. Andernfalls würden 18,5 Millionen motorisierte Wege täglich in den Städten zusätzlich anfallen. Wir wollen uns dies nicht vorstellen; deswegen wird auch zukünftig der ÖPNV dauerhaft weiter gefördert.

Drittens: Es gibt in den Städten sozial gefährdete Stadtteile und Nachbarschaften, denen wir helfen wollen, von der Rutschbahn nach unten wegzukommen und sich wieder zu stabilisieren. Dies ist der Kern unseres Programms Soziale Stadt. 249 Maßnahmen in 184 Städten und Gemeinden werden durch dieses Programm gefördert, und die Wirkungen zeigen sich schon mit dem Beginn der Maßnahme. Hieran werden wir weiter konkret arbeiten. Wir wollen damit erreichen, dass sozialer Zusammenhalt in unseren Städten auch zukünftig möglich bleibt.

Zusammenhalt heißt auch, Verantwortung zu übernehmen für jeden Einzelnen und durch jeden Einzelnen. Ich meine, die Ereignisse in Erfurt sind auch in diesem Kontext zu sehen und sie sind ein warnendes Signal. Keiner kann seine Verantwortung abgeben oder delegieren. Ich möchte ganz deutlich unterstreichen: wo es nicht gelingt, Zusammenhalt zu sichern, hat dies erhebliche negative Rückwirkungen. In den Kontext einer Politik, die auf die Menschen zugeht, gehört auch, dass wir das existenzielle Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit ernst nehmen. Dies ist auch ein Grund, warum die Bundesregierung, insbesondere mein Kollege Otto Schily, hier klare Kante zeigt.

Und ich will auch in diesem Zusammenhang der Sozialen Stadt eine Politik, in der wir mit aller Entschiedenheit die Zuwanderungsfrage regeln, indem wir begrenzen und steuern, denn ungesteuerte Zuwanderung zerstört den Zusammenhalt. Wir bleiben in dieser Frage konsequent, und das heißt: Begrenzung, Steuerung, aber auch Integration mit allen Folgewirkungen.

Viele von Ihnen wirken konkret und sehr aktiv an der Politik für die Soziale Stadt mit. Ohne Ihre Mitarbeit, ohne Ihr Engagement und das Engagement der Gebietskörperschaften, der Kommunen und Länder, aber auch der Unternehmen, der Verbände und Vereine wäre eine solche Stadtpolitik, eine soziale Stadtpolitik nicht möglich. Wir wollen diese Politik mit Ihnen fortführen. Deswegen bin ich auch sehr froh über den Investitionsbericht Infrastruktur, den wir im Kabinett vor wenigen Wochen beschlossen haben. Wir haben damit deutlich gemacht, dass wir das Engagement zur Stärkung der städtischen Infrastruktur auch zukünftig fortsetzen wollen. Dies gilt ebenso für unsere Politik, mit der wir die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum fördern wollen. Das bedeutet Verlässlichkeit und Plansicherheit. Denn eins ist sicher: öffentliche Armut bei priva-

tem Reichtum kann sich nur der wirklich Reiche erlauben. Die soziale Stadt gäbe es dann nicht, Ghettoisierung und Verfall von Infrastruktur wären die Folge.

Deswegen gilt: so wie wir als Bundesregierung unsere Investitionen fortführen wollen, so muss dies auch für die Kommunen gelten. Und auch hier ist eine klare Aussage getroffen worden. In der nächsten Legislaturperiode steht die Reform der Gemeindefinanzen auf der Tagesordnung. Ziel ist es, den Kommunen wieder eine verfassungskonforme und wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle zu schaffen, eine wichtige Voraussetzung auch, um als Kommunen investiv tätig zu werden. Vor diesem Hintergrund geht es auf diesem Kongress tatsächlich nicht nur um das Bilanzieren. Wir werden auch Schlussfolgerungen ziehen und über konkrete weitere Schritte gemeinsam beraten.

Ich bin Ihnen, Herr Bundeskanzler, sehr dankbar, dass Sie diese Politik für die Soziale Stadt auch durch Ihr ganz persönliches Engagement ermöglichen, immer wieder gefördert und unterstützt haben. Ich weiß, dass Sie heute unter großem Zeitdruck sind. Umso mehr freue ich mich, dass Sie trotz Ihrer nachfolgenden Gespräche mit der Europäischen Kommission heute auf diesem Kongress zu uns sprechen. Ich danke Ihnen dafür ganz herzlich.



Gerhard Schröder,  
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland



Verehrter Herr Minister, meine Damen und Herren, verehrte Gäste, unsere moderne Welt wäre nicht vorstellbar – dies ist in den Ausführungen des Ministers deutlich geworden – ohne attraktive, gesunde und das heißt lebenswerte Städte. Städte, das sind Zentren wirtschaftlicher, aber eben auch gesellschaftlicher Entwicklung. Aber sie sind auch Brennpunkte der ökonomischen, der sozialen, auch der ökologischen Probleme unserer Zeit.

Über einen Großteil der Chancen einer Gesellschaft im internationalen Wettbewerb, also auch unserer Gesellschaft, wird ohne jeden Zweifel in den Städten entschieden. Aber Städte sind ebenso Testgelände, wenn ich das so sagen darf, für verschiedene, nach vorne gerichtete Entwicklungen im Ökonomischen wie im Ökologischen, aber vor allem auch im Sozialen. Ob die Integration

aller Bürgerinnen und Bürger in einem Gemeinwesen wirklich gelingt, ob die Teilhabe von Menschen auch und nicht zuletzt an den Entscheidungen in einer Gesellschaft gelingt, ob dies gewährleistet werden kann, auch darüber wird vor allem in den Städten entschieden.

Städte leben nicht von einer Funktion allein, sie müssen auch weiterhin Orte vielfältiger Interaktion bleiben, Orte mithin, in denen Handwerk, Gewerbe, Wissenschaft, Wohnen und Kultur nebeneinander bestehen und voneinander profitieren – die Stadt also als eine Lebensform, in der sich Individuum und Gesellschaft nur miteinander entwickeln können. Dies verlangt von jedem einzelnen ebenso Gemeinsinn wie auch Toleranz vor allem gegenüber Andersdenkenden und Menschen, die anders sind.

Ziel einer sozialen Stadtpolitik war und ist es, die Lebensform Stadt und deren Entwicklungschancen zu fördern. Und das heißt zunächst, wirksam darauf hinzuarbeiten, Gefahren der Ausgrenzung und des Zurückbleibens ganzer Stadtteile und der Menschen, die in diesen Stadtteilen leben, entgegenzuwirken. Dazu braucht es natürlich eine Basis, eine politische Basis. Und wir meinen schon: die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland ist die bewährte institutionelle Grundlage für eine solche Politik. Sie hat den Stadtgemeinden die Möglichkeit gegeben, eine eigene Sozialpolitik, eine eigene Wohnungsbaupolitik zu betreiben. Dabei haben die Städte, das ist ja deutlich geworden, sehr unterschiedliche Konzepte und Konzeptionen entwickelt. Aber all diese unterschiedlichen Konzepte und Konzeptionen waren von dem Gedanken getragen, dass die Stadt eben Gemeinwesen ist, gebildet von den Bürgerinnen und Bürgern, und dass diese zuallererst über die Geschicke der Stadt entscheiden.

Für den Erhalt und die Entwicklung lebenswerter, dynamischer Städte brauchen wir also mehr als nur den Willen zu einer solchen Politik, die Ausgrenzung verhindert. Wir brauchen breite Koalitionen in den Städten gegen eine solche Ausgrenzung und für eine nachhaltige Entwicklung. Wir haben, auch das ist angeklungen, eine sehr gute Tradition

sozialer Stadtpolitik. In unseren Städten in Europa, zumal in Deutschland, haben sich nie Slums entwickeln können, wie wir sie von vielen anderen Städten in der Welt kennen. Insofern war die europäische Stadt immer eine soziale Stadt, und das gilt ganz besonders für die deutschen Städte. Und das hat nicht nur mit dem Vergleich zu anderem relativ großem Wohlstand zu tun, sondern – davon bin ich überzeugt – das hat auch damit zu tun, dass wir kommunale Selbstverwaltung haben und dass wegen dieser kommunalen Selbstverwaltung die Städte gleichsam mehr Acht auf sich geben, als dies anders der Fall wäre.

Die Bundesregierung will diesen Traditionen gerecht werden. Sie ist sich also der Verpflichtungen, die damit verbunden sind, auch sehr bewusst. Wir haben dafür Initiativen ergriffen – das ist auch schon angeklungen. Wir haben die klassische Städtebauförderung um das Programm Soziale Stadt und um den Stadtumbau Ost ergänzt sowie alle drei Instrumente zu einem Gesamtkonzept verknüpft. Heute investieren wir mit 640 Millionen Euro doppelt so viel wie noch 1998. Bis 2009 werden Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 2,6 Milliarden Euro für den Stadtumbau Ost aufwenden. Wir haben mit der Wohngeldnovelle und der Reform des sozialen Wohnungsbaus mehr Gerechtigkeit in der Wohnungspolitik geschaffen. Erstmals seit zehn Jahren ist das Wohngeld wieder deutlich gestiegen. Auch der soziale Wohnungsbau wurde endlich grundlegend reformiert und wirksam auf die schwächeren Haushalte konzentriert. Dadurch sind ohne jeden Zweifel neue Akzente für eine soziale Stadt gesetzt worden.

Der Übergang von der Industrie- zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft macht sich längst auf den Arbeitsmärkten bemerkbar. Zwar hat die Industrie nach wie vor große Bedeutung für die städtische Ökonomie, aber in den Städten nimmt die Zahl der Arbeitsplätze in der Fertigung stärker ab als irgendwo anders. Über viele Jahrzehnte hatten die großen Städte immer die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Heute dagegen sind die Arbeitslosenzahlen gerade in den alten, traditionellen Industriezentren und Städten häufig besonders hoch. Das hat zu tun mit dem rasanten Strukturwandel, und daraus folgt natürlich, dass es gewaltige Anpassungsprobleme insbesondere in den Städten gibt. Die Konsequenz ist, dass man die Städte damit nicht allein lassen kann. Deswegen können sich die Städte auch weiterhin auf unsere Unterstützung verlassen.

Es ist schon erwähnt worden: was wir brauchen – und wie werden das in der nächsten Legislaturperiode anpacken –, ist eine neue Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schlicht deshalb, damit die Städte ihre Investitionsnotwendigkeiten erfüllen und auf diese Weise mit dazu beitragen können, dass der Strukturwandel, von dem ich gesprochen habe, auch wirklich gelingt.

Übrigens, zu diesem Vorhaben gehört die Verzahnung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Aber natürlich kann das nur geleistet werden im Rahmen der Neuordnung der Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Es wäre alles andere als fair, wenn man Aufgaben verteilte, ohne die finanziellen Ressourcen mitzuliefern. Das werden wir nicht tun, weil das nicht verantwortbar wäre.

Dabei bleibt klar: neue Arbeitsmöglichkeiten in den Städten entstehen heute vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Dabei geht es um eine wachsende Zahl von hochqualifizierten Tätigkeiten. Gerade auf diesem Sektor gibt es gewaltige Zukunftsaussichten. Gleichzeitig entstehen in den Städten aber immer mehr Arbeitsplätze, bei denen die

durchschnittlichen Verdienste geringer sind als in der traditionellen Industrie. Mir ist wichtig, dass man diese Entwicklung nicht einfach laufen lässt nach dem Motto: na ja, wenn es mit einem Job nicht reicht, ein auskömmliches Leben zu führen, dann können es ja auch drei sein. Das hätte Konsequenzen, die man, ohne mit dem Finger darauf zu zeigen, in anderen Gesellschaften studieren kann, und das wären keine besonders erfreulichen Konsequenzen, wenn ich z.B. über notwendige Erziehungsarbeit nachdenke. Es bleibt deswegen eine wichtige Aufgabe, Einkommen und Auskommen möglichst so zu gestalten, dass Auskommen auch wirklich möglich ist für diejenigen, die eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit wollen und brauchen. Darüber hinaus haben wir mit dem Mainzer Modell, das wir auf das ganze Bundesgebiet ausdehnen wollen, verantwortbare Formen der Förderung niedrig bezahlter Arbeit geschaffen.

Zur Veränderung der Wirklichkeit gehört auch, dass in unseren Städten, wer wüsste das besser als Sie, immer mehr Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft leben. Die Städte machen in dieser Hinsicht einen Modernisierungsprozess durch. Ethnisch homogene Städte sind in allen ökonomisch entwickelten Ländern ein Phänomen, das vergangen ist. Das übrigens sollte der eigentliche Kern der Debatte um die Steuerung von Zuwanderung sein, dass nämlich unsere wirtschaftliche Zukunft nur durch eine Öffnung für diejenigen Spitzenleute und Fachkräfte zu sichern ist, die bereit sind, ihr Wissen, ihre Arbeitskraft in Deutschland, in unseren Unternehmen, in den Städten zu investieren. Dies ist die eine Seite dessen, was wir zu leisten haben und mit dem Zuwanderungsrecht, das wir verändert haben, leisten wollen. Die andere Seite ist, dass wir genauso selbstverständlich unseren humanen Verpflichtungen, die sich aus dem Grundgesetz entwickeln, nachkommen. Beides, das Akzeptieren der humanen Verpflichtung, Menschen, die an Leib und Leben verfolgt sind, Schutz zu gewähren, und mehr Internationalität auch und nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, beides zusammengenommen bestimmt den Inhalt des neuen Zuwanderungsrechts. Die Gestaltung der pluralen Stadt, einer Stadt ohne Diskriminierung und ohne Ausgrenzung, dies ist eine der ganz wesentlichen politischen Herausforderungen des beginnenden 21. Jahrhunderts.

Die Bundesregierung ist bereit, die Städte bei ihrer schwierigen und für unsere Gesellschaft so wichtigen Integrationsarbeit zu unterstützen. Aber natürlich wissen wir – deswegen die Neuordnung der Finanzbeziehungen –, dass dies vor allem Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung ist und auch bleiben soll. Wir wollen diese stärken und Hilfe soll hier ergänzen, keineswegs ersetzen. Aber wo die Hilfe benötigt wird, wollen wir sie auch gewähren.

Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt ist dafür ein, wie ich finde, guter Beweis. Sie zeigt auch, dass wir gemeinsam daran arbeiten, die soziale, kulturelle und ökologische Modernisierung unserer Städte zu ermöglichen. Wenn es stimmt, dass die Städte Laboratorien für neue Formen der sozialen Integration sind, dann muss dieser Integration unsere ganze Aufmerksamkeit gelten. In vielen Städten müssen wir leider beobachten, dass sich soziale Problemlagen in bestimmten Quartieren konzentrieren; die Gefahr besteht, dass Stadtviertel von der allgemeinen Entwicklung der Stadt abgekoppelt werden. Erfahrungen aus anderen Ländern lehren uns, dass man schon den ersten Anzeichen einer solchen sozialräumlichen Polarisierung entschieden entgegenzutreten muss. Das Wohnen etwa in einem benachteiligten Viertel kann rasch zu weiteren Benachteiligungen für die dort lebenden Menschen führen. Genau dem wollen wir mit dem Programm Soziale

Stadt entgegenwirken. Indem wir Investitionen fördern, den Arbeitsmarkt unterstützen und indem wir sozial- und jugendpolitische Instrumente gezielt einsetzen, wollen wir dieser möglicherweise beginnenden Verelendung ganzer Stadtviertel entgegenwirken.

Dabei geht es natürlich um Geld, aber eben nicht nur. Es geht allemal auch um die Stärkung von sozialen Zusammenhängen, es geht um soziale und kulturelle Integration in den Stadtteilen und damit um die Integration in die Stadt und in die Gesellschaft insgesamt. Natürlich hat das auch zu tun mit der Verbesserung des alltäglichen Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Lebensstile in den städtischen Nachbarschaften. Wir wollen und wir müssen gemeinsam verhindern, dass eine wachsende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern von der Teilhabe am Wohlstand, also am Haben in unserer Gesellschaft, aber auch von den Entscheidungen, dem Sagen in der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Eine große Gefahr des sozialen Auseinanderfallens in den Städten liegt ganz offensichtlich bei den allgemeinbildenden Schulen. In Zeiten eines dynamischen, sozialen und ökonomischen Wandels machen sich Eltern zu Recht Sorgen um die Zukunftschancen ihrer Kinder. Wenn Eltern den Eindruck haben, dass das Leistungsniveau nicht ausreicht, um die Fähigkeiten der Schüler zu entfalten, melden sie ihre Kinder in einer anderen Schule an oder verlassen entsprechende Stadtviertel gleich ganz. Das ist besonders auffällig dort der Fall, wo die Anteile von Schülern mit einer nicht-deutschen Herkunftssprache sehr hoch sind. So entsteht die Gefahr, dass sich die Chancen für eine gute Schulbildung innerhalb ein und derselben Stadt stark ausdifferenzieren. Länder und Kommunen tragen eine besondere Verantwortung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Schulen müssen für ihre Aufgaben in einer pluralen Stadt noch besser vorbereitet werden. Ihnen kommt eine zentrale Bedeutung für die Integration in unserer Gesellschaft zu. Unsere Schulen sind die wichtigsten Agenturen für die Integration und für eine gerechte Gesellschaftspolitik, in der die Fähigkeit eines jeden Einzelnen zur Geltung kommen kann. Wir wissen natürlich um die verfassungsrechtlich verbürgten Zuständigkeiten, die bei den Ländern liegen und, so weit es um die sachliche Ausstattung geht, bei den Kommunen. Und wir wissen um die Empfindlichkeiten, die sich daraus ergeben, jedenfalls ergeben können. Und wir wollen diese verfassungsrechtlich verbürgten Zuständigkeiten überhaupt nicht infrage stellen. Aber ich meine, das, worüber ich eben gesprochen habe, ist wirklich eine gesamtgesellschaftliche Frage. Und deswegen soll es ungeachtet der formalen Zuständigkeiten ein bundesweites Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ mit einem Investitionsvolumen von vier Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren geben.

Wir wollen damit die Länder und auch die Kommunen unterstützen, die Betreuungs- und Bildungsangebote zu verbessern. Ein Beispiel: Nach überschlägigen Berechnungen könnten, wenn man die Mittel darauf konzentrierte, mit einem solchen Programm bis 2007 in Deutschland 10 000 zusätzliche Ganztagschulen geschaffen werden. Das wäre ein wirklicher Durchbruch, was die Ganztagsbetreuung angeht. Wir sollten uns gemeinsam vornehmen, dies auch zu schaffen, aus den Gründen, über die wir, besser gesagt: Sie heute reden, aber auch aus einem ganz anderen zentralen Grund: Es ist wenig sinnvoll, sich über mangelnde Emanzipationsmöglichkeiten von Frauen, gut ausgebildeten Frauen, in unserer Gesellschaft auszulassen, wenn man nicht erkennt, dass angesichts der Verteilung der Familienlasten – ob es einem gefällt oder nicht – die geforderten

Emanzipationsschritte objektiv nur dann möglich sind, wenn ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder vorhanden sind.

Unser Programm Soziale Stadt eröffnet neue Ansätze und Perspektiven einer modernen und sozialen Politik in den Stadtteilen. Dies ist, wie wir meinen, der richtige Weg. In einer solchen Initiative müssen verschiedene Politikfelder und damit auch verschiedene Bedürfnisse zusammengeführt werden. Deswegen braucht sie eine größtmögliche Bürgerbeteiligung, denn die Bewohnerinnen und Bewohner wissen am besten, welche Probleme in ihrem jeweiligen Viertel dringlich sind. Zur Mitarbeit gewinnen wir sie nur, wenn wir ihnen auch die Möglichkeit geben, nicht nur mitzureden, sondern auch mit zu entscheiden. Dies ist in einigen Städten unmittelbar dadurch der Fall, dass ein Fonds bereitgestellt wird, über den die Bürgerinnen und Bürger in Zusammenarbeit mit der Verwaltung entscheiden können. Berlin beispielsweise hat damit gute Erfahrungen gemacht.

Zu einer städtischen Koalition gegen Ausgrenzung gehört auch – das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen – das Engagement der Wirtschaft. Viele Defizite, etwa im Bereich der beruflichen Bildung oder bei der Nutzung neuer Technologien, können am besten durch eine Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft beseitigt werden. Dafür gibt es gute Beispiele. Aber auf diesem Gebiet kann und muss noch mehr getan werden. Auch die produzierende und die Dienstleistungen produzierende Wirtschaft hat ein elementares Interesse an einer funktionierenden Stadtkultur. Die Unternehmen müssen davon überzeugt werden, dass sich ihr Image nicht nur durch das Sponsoring von Kunst- und Kulturprojekten verändert, und das heißt verbessern lässt, sondern auch durch Engagement in sozial-integrativen Projekten.

Gerade im Hinblick auf die Zukunftsaussichten der zweiten Generation von Zuwanderern ist das für diese Menschen, aber vor allem auch für die Stadt von herausragender Bedeutung. Wenn junge Menschen erfahren, dass sie erwünscht sind und gebraucht werden, dann reagieren sie anders, als wenn das Gegenteil der Fall ist, dann ist Integration möglich, während sie auf andere Weise verunmöglicht wird.

Wie die Bürgerinnen und Bürger miteinander umgehen, ob und wie sie sich gegenseitig unterstützen, ob sie eine wirkliche Gemeinschaft bilden, all dies kann Politik nicht verordnen. Hier ist Bürgersinn gefragt, zwischenmenschliche Solidarität und die Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld in der Nachbarschaft. Gewiss, es ist nicht genug. Menschen, die sich in sozialer Notlage befinden, bloß zur Selbsthilfe aufzufordern. Das tut von uns ja auch keiner. Aber auf der anderen Seite leben die Stadtteile auch vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, und dieses muss gefördert, aber auch gefordert werden. Es gibt viele gelungene Beispiele für ein derartiges stadtteilbezogenes Engagement. Deswegen bin ich den Initiatoren des Wettbewerbs Soziale Stadt 2000 dankbar, dass sie solche Beispiele durch eine Auszeichnung nicht nur ermutigt haben, sondern ausdrücklich zur Nachahmung anregen. Die Projekte im Programm Soziale Stadt zeugen von einer großen Vielfalt, was die Art der Stadtteile, die Problemorientierung, auch was die Träger anbetrifft. Die prämierten Projekte zeichnen sich vor allem durch das kooperative Engagement von Vereinen, Genossenschaften, Bewohnerinitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Wohnungsbaugesellschaften, kommunalen Behörden und natürlich auch der Kirchen aus.

Die Resonanz auf unser Programm Soziale Stadt zeigt, dass das zivilgesellschaftliche Engagement blüht, und dass auch die Viertel, die bisher eher im Schatten der Entwicklung gelegen haben, auf die Solidarität der Stadtbewohnerschaft rechnen können.

Da gibt es das soziale Management einer Wohnungsbaugesellschaft in Lünen, „Wohnen plus“ genannt, die es geschafft hat, ein weit verzweigtes Netzwerk von öffentlichen Trägern, Wirtschaftsunternehmen und bürgerschaftlichen Vereinigungen aufzubauen.

Die Vermietergenossenschaft Ludwig Frank in Mannheim hat in einem Stadtteil, für den die Stadtverwaltung kaum mehr eine Perspektive gesehen hatte, mit viel persönlichem Engagement die Initiative ergriffen und die bauliche Erneuerung mit dem Aufbau der sozialen Netzwerkstruktur verbunden. Dadurch konnten sich die Bewohnerinnen und Bewohner wieder mit dem Quartier identifizieren. Die Folge kann man an einem solchen Projekt studieren: Die Gewaltbereitschaft hat abgenommen, und die soziale Integration der jüngeren Generation konnte entscheidend verbessert werden. Besonders hervorzuheben ist, dass es dabei gelungen ist, die ausländischen Bewohnerinnen und Bewohner in die Genossenschaft zu integrieren. Das ist gewiss kein leichtes Unterfangen.

In Dortmund hat der Projektverbund Nordstadt ein Praxisnetzwerk für eine bewohnerorientierte Erneuerung von Quartieren in der Nordstadt entwickelt, in dem auch Initiativen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine wichtige und gewichtige Stimme haben.

Ein besonders originelles Projekt ist die Kunstplatte in Stendhal. Dort wurden leerstehende Ladenlokale in einem Plattenbaugebiet genutzt, um soziokulturelle Projekte anzustoßen, Projekte, die nicht nur das Image, sondern auch die Identifikation mit dem Wohngebiet erheblich gestärkt haben.

Wir wollen in den kommenden Jahren in drei Bereichen neue Akzente für mehr Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt in den Städten leisten, indem wir

- bezahlbaren Wohnraum auch und gerade in den Großstädten sicherstellen,
- innovative Konzepte für eine soziale Stadtentwicklung umsetzen und
- einen bezahlbaren öffentlichen Personenverkehr gewährleisten.

Ich will Letzteres ausdrücklich unterstreichen, weil wir in den Städten, aber auch in der Mobilitätsfrage insgesamt überhaupt nur weiterkommen, wenn wir uns mehr als in der Vergangenheit bewusst sind, dass die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht einzeln für sich selbst genommen ausgebaut und weiterentwickelt werden können. Wir haben vielmehr die wirklich große Chance, Mobilität in all ihrer differenzierten Form zu gewährleisten, wenn wir zu einer Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger kommen. Selbstverständlich hat dabei der öffentliche Personennahverkehr für die Städte eine herausragende Bedeutung – dies wird niemand bestreiten, auch nicht jemand, der gelegentlich als „Automann“ apostrophiert wird.

Nicht zuletzt wollen wir unsere Städte für die Bürgerinnen und Bürger sicherer machen. Und auch das müssen wir. Ich will das sehr deutlich sagen: Sicherheit vor Kriminalität für Bürgerinnen und Bürger ist ein Grundrecht, ist ein Bürgerrecht. Und insbesondere für diejenigen, die nicht in der Lage sind, für ihre eigene Sicherheit zu bezahlen, wird das

ein Grundrecht von herausragender Bedeutung. Deswegen ist es so wichtig, dass insbesondere diejenigen, die sich Gedanken über lebenswerte Städte machen, diesen Aspekt der Gewährleistung von Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger – neben all den Notwendigkeiten zur sozialen Integration – nicht unterschätzen. Die Menschen und gerade die Familien brauchen zuverlässigen Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Und dazu ist eine ausreichende Präsenz auch der Sicherheitskräfte nötig.

Wir wissen auch, dass das allein nicht genügt. Wir brauchen die attraktive Belegung der Innenstädte und eine gut ausgebaute Infrastruktur mit sicheren öffentlichen Verkehrswegen. Besonders die Kommunen sind gefordert, im Zusammenwirken mit privater Initiative geeignete Konzepte für eine soziale Stadtentwicklung zu entwickeln. Politik für eine soziale Stadt wird in dem Maße erfolgreich sein, wie es gelingt, eine breite Solidarität unter den Stadtbürgerinnen und -bürgern und mit öffentlichen wie mit privatwirtschaftlichen Institutionen zu erreichen. Ich denke, wir haben wichtige Anstöße gegeben, und wir wollen diesen Prozess nach Kräften weiterhin unterstützen. Das allein kann unsere Aufgabe sein, der Rest muss, wie man so schön sagt, vor Ort geleistet werden.

Städte haben die europäische Kultur geprägt, in einem wirklich guten Sinne. Sie sind zentrale Orte der Teilhabe von Menschen. In unseren Städten wird die aktive Bürgergesellschaft fassbar und erfahrbar. Unsere Politik für eine soziale Stadt ist und bleibt diesen europäischen, zumal deutschen Traditionen verpflichtet. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Ihr Verständnis, dass ich meinen Termin mit dem Landwirtschaftskommissar der Europäischen Kommission wahrnehmen muss. Ich wünsche Ihrem Kongress recht viel Erfolg.



Bärbel Wartenberg-Potter,  
Landesbischöfin, Nordelbische Evangelisch-lutherische Landeskirche, Lübeck



Sehr geehrte Damen und Herren, „Suchet der Stadt Bestes“, dieser Satz der Bibel, vor 2600 Jahren gesprochen, hat mich ermutigt, hier und heute mit Ihnen über die Zukunft unserer Städte nachzudenken, genauer über die soziale Stadt, die heute in Zeiten neuer Arbeitsteilung und akuter Finanznöte der Kommunen nicht auf der Strecke bleiben darf, sondern gezielt gefördert werden muss.

Suchet der Stadt Bestes! Zum Besten unserer Städte hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen diese vielstimmige Suche heute hier organisiert, an der ich mich als Frau der Kirche gerne beteilige, weil die Kirchen in der Tat zum Wohlergehen der Menschen in den Städten beitragen wollen.

Denn wer wagt es, in der pluralistischen Gesellschaft postmoderner Zeit noch, eindeutig festzulegen, was das Beste sei. Verständigung ist nötig darüber: Was sind die Werte, an denen wir unsere sozialen Maßnahmen orientieren? Was ist noch gesellschaftlicher Konsens im Blick auf die soziale Dimension der Städte? Wer ist in der City überhaupt präsent? Macht die Stadtluft noch immer frei? Suchen wir also gemeinsam.

Ich spreche zu Ihnen nicht als Expertin in Städtefragen. Ich würde mich allerdings selbst als einen Stadtmenschen bezeichnen. Ich bin vom Land in die Stadt übersiedelt, weil mich die Freiheit, die Vielfalt, die Lebendigkeit der Stadt angezogen hat. Ich habe als Frau mit einem langen Engagement in Fragen der Dritten Welt, oder wie wir heute richtiger sagen, der Einen Welt alle Arten von Städten in Nord und Süd, Ost und West kennen gelernt, die einen das Fürchten lehren: Städte,

- in denen man nirgendwo einen sauberen Tropfen Wasser findet,
- in denen die Luft nur noch durch Filter geatmet werden kann,
- in denen die Isolation der Menschen grauenhafte soziale Probleme und Verbrechen produziert,
- in denen die Fragen des Transports schlicht nicht mehr menschenwürdig gelöst werden können,
- in denen Kinder und Jugendliche in Betonlabyrinthen keinen Baum und Strauch zu sehen bekommen oder im Elend der vermüllten Slums verkommen.

Als Christin interessieren mich die Fragen des menschlichen Zusammenlebens in den Umbrüchen der heutigen Lebenswelt außerordentlich; mich interessiert die Globalisierungsdynamik, weil nach meinem Verständnis christlicher Glaube von Anfang an eine urbane Religion gewesen ist. Sie hat im ersten Jahrhundert in den Städten des Römischen Reiches von Antiochien über Ephesus, Korinth bis nach Rom schnell Fuß gefasst

und Menschen in den Umbrüchen der damaligen Zeit neuen Sinn und eine neue Identität gegeben. Das Christentum war die Religion der „oikumene“, das heißt der ganzen bewohnten Erde und hatte von Anfang an jene Art von Globalisierung im Blick, in der nicht zählen soll, ob man Jude oder Grieche, Herr oder Sklave, Frau oder Mann ist (Gal. 3: 28). So jedenfalls charakterisierte der Apostel Paulus den neuen Glauben.

Ich gehöre zu den Kirchenmenschen, für die Glaube damit zu tun hat, Gerechtigkeit „innerhalb der Tore“ der Stadt zu errichten und die diesen Glauben auf dem „Marktplatz“ mitten in die Komplexitäten des sozialen, ökonomischen und politischen Lebens hinein einbringen.

In meinem Beitrag werde ich die Sprache benutzen, die ich gelernt habe, die Bilder- und Metaphernsprache der Bibel, die im Blick auf die Stadt erstaunlich reich ist und die es ermöglicht, uns für einen Augenblick über den Pragmatismus des tagespolitischen Diskurses zu erheben. Sie versorgt uns nicht mit moralischen Imperativen, die uns ermüden und an denen wir scheitern, sondern führt uns Visionen vor Augen, die Kraft und Inspiration ausströmen. Ich möchte vier Schritte tun: einen kurzen Schritt der Diagnose, einen zweiten Schritt über das Ethos des menschlichen Zusammenlebens und Stadterfahrungen in der Bibel, einen dritten über die Vision einer zukünftigen Stadt und schließlich einen vierten Schritt mit einigen konkreten Schlussfolgerungen als Diskussionsgrundlage.

## 1. Schritt: Diagnose

Die Diagnose scheint klar:

Im Rahmen der strukturellen Veränderungen, die die neue Welt der Kommunikation und Ökonomie, der Europäisierung und der Globalisierung mit sich bringt, haben wir es mit dramatisch veränderten Bedingungen des Alltags zu tun. Es verdichten sich die sozialen Probleme, besonders in den Wohnquartieren, in denen Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, alleinerziehende Frauen und Kinder, viele von denen, die im ersten Armutsbericht der Bundesregierung genannt werden, zusammenleben. Binnenmigration verändert das Gesicht der Innenstädte. Als Kirchen sind wir davon elementar betroffen. Jugendliche, die keine Räume und keine Zuwendung haben, werden gewaltbereit. Einsamkeit, Anonymität und Isolation nehmen zu, das soziale Desinteresse ebenso. Die im Klima neoliberalen Wirtschaftens propagierte Mentalität – „Jeder ist sich selbst der/die Nächste und muss sich selbst aus dem Sumpf ziehen“ – verdrängt genuine Erfahrungen sozialer Einbindung, aktive Zusammenarbeit, positive Gemeinschaftserfahrung und Nachbarschaftshilfe. Ethnische Stadtviertel sind entstanden infolge fehlender Einwanderungspolitik und mangelnder Integrationsbemühungen. Von den so genannten Schläfern bis zu den Amokläufern haben wir genügend Anlässe, uns zu fragen: Wieso merkt da niemand etwas? Zugleich gibt es beachtliches zivilgesellschaftliches Engagement und intensive Stadtteilarbeit.

Städtebauliche Planungen und Infrastrukturpläne allein genügen nicht, um die soziale Stadt zu schaffen. Unsere Städte und Wohnquartiere sind angewiesen auf das soziale Gewissen ihrer Planerinnen und Planer, ihrer Geldgeberinnen und Geldgeber, ihrer Er-

bauerinnen und Erbauer, ihrer Verwalterinnen und Verwalter und besonders ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, auch ihrer Kirchen.

## 2. Schritt: Ethos des menschlichen Zusammenlebens/ Stadterfahrungen in der Bibel

Am Beginn der Bibel wird die Geschichte des ersten missglückten Städtebaus der Menschheitsgeschichte berichtet, die Geschichte des Turmbaus zu Babel. Dort heisst es: „Die Menschen sprachen: Wohlauf, lasst uns eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche, damit wir uns einen Namen machen“ (1. Mose 11, 4). Interessant ist das Motiv dieser Stadtplanung. Es sollten nicht bessere Lebensbedingungen für die Menschen geschaffen oder der menschliche Zusammenhalt und Schutz erhöht werden, sondern der Wunsch nach Ruhm und Selbsterhöhung stand im Vordergrund. Diese Fehlplanung fand, so die Geschichte, ihr Ende dadurch, dass „Gott herniederfuhr und die Sprachen der Menschen verwirrte“. (1. Mose 11,7).

Um solche misslingenden Menschheitsprojekte zu verhindern, berichtet die Bibel, dass Gott dem nomadisierenden Volk auf seinem Weg zur Sesshaftwerdung Wegweisungen für das menschliche Miteinander gegeben hat. Ihr Ziel ist, das Leben der Menschen richtig, das heißt im biblischen Verständnis gerecht zu gestalten, sodass Gott, Mensch und Schöpfung einander gerecht werden und so leben, dass das Leben aller im Schalom, im friedlichen Ausgleich von Geben und Nehmen, ermöglicht wird. Zu diesen Wegweisungen gehören auch die zehn Gebote.

Wenn die Stadtforscher Recht haben, dann entstanden die ersten Städte dort, wo sich Wege kreuzten und dadurch Begegnung, Tausch und Handel möglich wurden. Sie entstanden auch dort, wo man die Toten begraben hat, die man, nomadisierend, zurückließ. Dort wurden Kultstätten errichtet, an denen die Lebenden Orientierung, Sinn und das, was über das irdische Leben hinausging, die Transzendenz, suchten (vgl. Lewis Mumford, *The City in History*, London 1966).

Die meisten Städte in biblischer Zeit waren mit Schutzmauern umgeben. Man betrat sie durch „das Tor“, das auf einen größeren Versammlungsplatz führte. Dort wurde im alten Israel öffentlich Recht gesprochen, sodass die Gemeinschaft immer wieder an das gemeinsame Ethos und die die Gemeinschaft verbindenden Rechtsnormen erinnert wurde. Die spätere städtebauliche Triade von Markt, Kirche und Rathaus wird hier schon sichtbar. Heute verändert sich das Konzept der Städte, und es muss uns zu denken geben, wenn wir diese Triade bewusst oder unbewusst verändern.

Der Beginn der Rechtsprechung ist im jüdisch-christlichen Erbe religiös verankert. An ihrem Anfang steht die Gottesverehrung. Sie ist die Grundlage jeglicher Rechtsnorm. Das Recht gerade der Schwachen, die sich nicht selbst helfen können, wird durch die Autorität Gottes geschützt, die der Richter oder der rechtsprechende König verkörpern und vollziehen soll.

Für unsere Frage nach der sozialen Stadt sind folgende Rechtsnormen besonders interessant:

- Geschützt werden insbesondere die **Armen**: man darf ihnen z.B. nicht den Mantel, mit dem sie sich zudecken, wegnehmen (*Worin soll er sonst schlafen? 2. Mose 22, 25*).
- Besonderen Schutz erfahren die **Fremden**, ja, sie erhalten gleiche Rechte wie die Einheimischen, nicht nur Gnadenerweise oder Sonderrechte (*2. Mose 12: 49: Ein und dasselbe Gesetz gelte für den Einheimischen und den Fremdling, der unter euch wohnt. Siehe auch 4. Mose 15, 15*).
- Die **Witwen** und **Waisen** sind besonders schutzbedürftig, weil sie sich Recht nicht selbst verschaffen können und weil sie ökonomisch nicht versorgt sind.
- Interessant sind auch die Ansätze zur Humanisierung des **Umgangs mit dem Feind**: *Wenn du dem Rind oder Esel deines Feindes begegnest, die sich verirrt haben, so sollst du sie wieder zu ihm führen. 2. Mose 23: 4*).
- Vor allem aber wird der ehrliche und wahrhaftige Umgang miteinander in den Mittelpunkt gestellt: *Du sollst kein falsches Gerücht verbreiten; du sollst nicht einem Schuldigen Beistand leisten und kein falscher Zeuge sein (2. Mose 23: 1)*.

Auf diesem Ethos des Miteinander und des Schutzes der Schwachen wird das Zusammenleben begründet.

Vom Misslingen menschlichen Zusammenlebens in den Städten wird ebenfalls berichtet. Sodom und Gomorrha scheitern an der Brutalität und Gewalttätigkeit ihrer Bürger. Ninive entgeht dem verdienten Untergang durch die Fürbitte des Propheten Jona.

In einer säkularisierten Gesellschaft lassen sich das Recht und die Normen menschlichen Zusammenlebens nicht mehr auf religiöse Weise begründen. Wie aber begründen wir sie? Das biblische Ethos weiß, dass langfristig nur die Lösungen haltbar sind, die am Wohlergehen der gesamten Gemeinschaft der globalisierten Welt orientiert sind. Dieses Ethos hat sich auch entscheidend in den Menschenrechten, im deutschen Grundgesetz und der Sozialgesetzgebung niedergeschlagen. Es bleibt mir nichts anderes, als für die Plausibilität und Zukunftsfähigkeit dieser an einer Welt-Gemeinschaft orientierten Ethik zu werben.

### 3. Schritt: Visionen der zukünftigen Stadt

Erstaunlicherweise stehen am Ende der Bibel, in der Offenbarung des Johannes, als Hoffnung der endlich ans Ziel der Geschichte gekommenen Menschheit kein Naturidyll, keine ewigen Jagdgründe, sondern das Bild einer visionären Stadt: des himmlischen Jerusalem. Wie schmerzlich ist es, diese Vision angesichts der Lage im heutigen Jerusalem zu lesen.

Das neue Jerusalem ist das Gegenbild zu der von Gewalt, sozialer Missachtung, Größenwahn und Repräsentationssucht geprägten Stadt Babylon, die in der Johannesapokalypse gleichbedeutend ist mit dem damaligen Rom, dem Imperium Romanum. Aus dieser Vision habe ich einige Verse ausgewählt.

*Das Licht der Stadt war gleich dem alleredelsten Stein klar wie Kristall. Sie hatte eine große und hohe Mauer und hatte zwölf Tore, nach Osten drei, nach Norden drei, nach Süden drei, von Westen drei. Aus zwölf Perlen waren die Tore... Die Stadt bedarf keiner Sonne noch des Mondes, denn die Herrlichkeit Gottes erleuchtet sie. Die Völker werden wandeln in ihrem Licht; und die Könige auf Erden werden ihre Herrlichkeit in sie bringen. Und ihre Tore werden nicht verschlossen sein am Tage, denn da wird keine Nacht sein. Man wird die Pracht und den Reichtum der Völker in sie bringen. Und nichts Unreines wird in sie kommen und keiner der Greuel tut und Lüge... und er zeigte mir einen Strom lebendigen Wassers, klar wie Kristall mitten auf dem Platz und auf beiden Seiten des Stromes Bäume des Lebens, die tragen zwölf Mal Früchte, und die Blätter der Bäume dienen zur Heilung der Völker, (Offenb. 21, 10 – 22, 2 in Auswahl)*

Das zentrierende Prinzip dieser Stadt ist freilich die Anwesenheit Gottes, der der Inbegriff der Gerechtigkeit ist, der richtigen, einander gerecht werdenden Beziehungen, die den Schutz des Lebens und der Schwachen gewährleisten.

Was sind die Orientierungspunkte, die diese Vision für unseren Diskurs über die soziale Stadt liefert?

- In dieser visionären Stadt ist alles klar, durchscheinend, das heißt transparent. Nichts muss das Licht des Tages scheuen. Alles kann sich sehen lassen, es gibt keine dunklen Machenschaften zum Ausschluss oder Vorteil einiger weniger. Transparenz, Offenheit ist eines der leuchtenden Charakteristika.
- Die Tore der Stadt sind offen, und Menschen aus allen Himmelsrichtungen können ein- und ausgehen.
- Die Völker und ihre Herrscher bringen das Beste, was sie haben, in diese Stadt, um es mit allen zu teilen.
- Ökologisch gesund ist die Stadt, denn es gibt in ihr lebendiges, sauberes Wasser, und in ihr wachsen Bäume, die jeden Monat Frucht tragen.
- Die Blätter dieser Bäume heilen die Wunden, die sich die Nationen gegenseitig aus Habgier, Eroberungssucht und kriegerischem Streit geschlagen haben.
- Das Unreine, die Gräueltaten und Lügen werden nicht in die Stadt kommen, sie scheuen die Transparenz, die in der Stadt herrscht, und schließen sich selbst aus.

So weit einige Aussagen über die Stadt der Zukunft und Hoffnung, die endzeitliche Vision urbanen Zusammenlebens.

#### 4. Schritt: Schlussfolgerungen für heute

Auch die Städte des 21. Jahrhunderts können Gesamtkunstwerke menschlichen Zusammenlebens sein. Viele verschiedene Interessen sind in ihnen am Werk. Sie sind der Testfall unserer Menschlichkeit und Zukunftsfähigkeit.

*„Die Stadt kann der Idealfall für die Realisierung der menschlichen Gemeinschaft sein, weil sie das konkrete Leben, dem Wesen der menschlichen Natur entsprechend, aus der*

*gegenseitigen Abhängigkeit (Interdependenz) heraus gestaltet...Im Individualismus ist jede Person unabhängig, selbstverantwortlich, sie/er tut alles für sich selbst. In der Stadt sind die Arbeitsaufgaben geteilt, jeder tut einen Teil, und die Schönheit des Lebens ist keine Solo-Präsentation, sondern eine Symphonie. Eine Gemeinde, eine Stadt, das sind nicht Straßen und Häuser, es sind die Menschen." (M. Eugene Boring, Revelation, A Bible Commentary S. 219, eigene Übersetzung).*

Aus dem bisher Gesagten und aus meiner begrenzten Einsicht in die Lebenswelt der modernen Städte möchte ich einige Sätze für die Zukunftsfähigkeit der Städte und ihrer sozialen Ausrichtung zur Diskussion stellen.

- Die Menschen müssen gemeinsam über die Grundwerte und Ziele ihres Zusammenlebens sprechen, diese einüben und miteinander abstimmen. Dazu können Stadtteilforen und Runde Tische dienen.
- Die Kommunikation untereinander muss ermöglicht und gestärkt werden z.B. durch Stadtteilzeitungen, -Radio und Informationsveranstaltungen.
- Über alle Vorgänge muss Transparenz geschaffen werden. Alle, die Entscheidungskompetenzen haben, sollten Rechenschaft ablegen über ihr Tun. Das stärkt das Vertrauen in die Politik.
- Die Beteiligung an den Entscheidungen, die das eigene Leben betreffen, sollte näher bei den Betroffenen liegen; gleichzeitig muss die Einbindung in die Gesamtverantwortung für das größere Ganze sichergestellt sein.
- Man soll bitte die Kirche im Dorf, umso mehr in der Stadt lassen. Die Kirchen beteiligen sich an vielen Gemeinschaftsaufgaben durch diakonische Projekte, Jugend- und Seniorenarbeit, Bildungsangebote und Förderung des Gemeinschaftsgefühls. Die Kirchen sind auch Orte, die „Gedächtnis, Gewissen und Hoffnung beherbergen“ (Grünberg) und der Heimatlosigkeit der modernen Großstädter entgegenwirken. Sie bieten den Menschen Sinnfindung und Orientierung in der unübersichtlich gewordenen Multiple-choice-Gesellschaft an. Sie beteiligen sich aktiv an der ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt, wovon es in unseren Städten genug gibt.
- Die Freizeitmöglichkeiten könnten wieder näher an die Wohnquartiere heranrücken. Dadurch würden die Mobilität und der Ressourcenverbrauch umweltgerecht begrenzt; damit würde auch dem Umweltgedanken im Agenda 21-Prozess Rechnung getragen.
- Überschaubarkeit ist ein Stichwort, sie stärkt das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen.
- Viel ist heute die Rede von Public Private Partnership. Dadurch werden lokale Ressourcen erschlossen und die Dominanz der öffentlichen Hand vermindert. Gleichzeitig ist dabei im Auge zu behalten, dass durch solche Projekte die Schwachen in der Gesellschaft nicht benachteiligt werden (z.B. in reichen Stadtvierteln gibt es gute Schulen, in armen dagegen schlechte Schulen). Diese Partnerschaften müssten eingebunden bleiben in ein Gesamtkonzept, das bei der Ermutigung aktiver Eigeninitiative nicht die Entmutigung von Solidarität befördert. Meiner Meinung nach wird in

einem Modell, das vom Eigennutz als der Hauptantriebskraft gesellschaftlicher Entwicklungen ausgeht, die Solidarität zu einem Abfallprodukt.

- Das Wohlergehen von Kindern, Jugendlichen, alten und behinderten Menschen sollte ein zentraler Maßstab sozialer Stadtentwicklung sein. Auch die Fürsorge für die Armen gehört dazu.
- Die Vielsprachigkeit und Schaffung kultureller Freiräume sind für die zukunftsfähige Stadt elementar. Ohne eine gelingende Integrationspolitik werden neue und gefährliche Spannungsherde in den Städten entstehen.
- Offenheit ist ein Kennzeichen der sozialen Stadt. Als Gegenmodell stehen hier die Wohn- und Schlafstädte, in die sich die Menschen zurückziehen und um die herum sie aus Sicherheitsgründen auch noch hohe Zäune ziehen. Jede Stadt ist heute als ein Bestandteil der globalen Welt zu verstehen, und die Interessen der Gesamtheit müssen mit eingebunden sein.
- Für alle diese Aufgaben braucht es Ressourcen, besonders aber Menschen, die sie durchführen. Einer der wichtigsten Ansatzpunkte ist in meinen Augen die Gemeindefinanzstruktur, die entscheidend zu verbessern ist, damit die Städte in der Lage sind, diese hohen Ziele auch umzusetzen. Die Finanznot der Städte hat bereits drastische Einschnitte in die Lebensqualität bewirkt. Ohne ein deutliches Umdenken an dieser Stelle wird wenig zu bewirken sein.

Das Programm Soziale Stadt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat sich vorgenommen, die Menschen in der Stadt zu aktivieren und aktiv an der Gestaltung der Stadt zu beteiligen.

Lewis Mumford, ein englischer Städteforscher, beschrieb die Zukunftsaufgabe so:

*„Wir müssen die Städte nicht in erster Linie als Geschäftszentren und Regierungsviertel konzipieren, sondern als wesentliche Orte, an denen sich eine neue menschliche Persönlichkeit entfalten kann: ein Mensch, der in der Einen Welt lebt... Die alte Trennung von Mensch und Natur, Stadt- und Landmensch, Gebildeten und Ungebildeten, Einheimischen und Ausländern kann nicht länger aufrechterhalten werden. Denn durch die Kommunikation ist der ganze Planet ein Dorf geworden. Deshalb muss auch die kleinste Wohneinheit als ein Modell der größeren Welt geplant werden. Der individuelle und korporative Wille seiner Bürger/innen, die nach Selbsterkenntnis, Selbstregierung und Selbstaktualisierung streben, muss in der Stadt verkörpert sein.“* (S. 653)

Ich möchte hinzufügen: Gerade auch in der Stadt muss Gemeinschaft und Solidarität erfahrbar sein, wenn die Städte nicht zu Monstren fragmentierten Lebens werden sollen.

Schließen möchte ich mit dem Wunsch aus einem der Psalmen, in dem der Stadt jene urbane Lebensqualität gewünscht wird, die aus ihr einen Ort der Zukunft macht: *Dennoch soll die Stadt Gottes fein lustig bleiben mit ihren Brunnlein*" (Ps. 46,5). Es ist erstaunlich, dass schon vor zweieinhalb Jahrtausenden den Menschen die Heiterkeit der Stadt wichtig war, ein Wunsch, der die vorgetragenen Perspektiven noch einmal zurechtrückt und der sozialen Stadt jene Freudigkeit verleiht, die sie haben soll und an der wir uns alle freuen werden.



Klaus Wiesehügel

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt



Sehr geehrte Damen und Herren, allenfalls ein Prozent der Deutschen kann mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ etwas anfangen. Zehn Jahre nach dem UN-Gipfel von Rio, der alle Staaten zu einer dauerhaften, sozialen und umweltgerechten Entwicklung aufgerufen hat, ist dies nicht unbedingt eine Erfolgsstory. Und ich befürchte, eine Umfrage zum Kenntnisstand über die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt würde ähnliche, zumindest keine besseren Ergebnisse ermitteln. Dies trotz des in

Rio eingeforderten Prozesses der Lokalen Agenda 21, auf die sich europäische Städte 1995 in der Charta von Aalborg verpflichtet haben. Immerhin hat sich eine ganze Reihe von Städten aufgemacht, zu Vorreitern der gesellschaftlichen Modernisierung zu werden, sich für eine ausgewogene Mischung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit in den vielfältigen sozialen Strukturen einzusetzen, um der Entstehung von Ghettos und der Zersiedelung der Landschaft entgegenzuwirken.

Es ist wichtig, dass die Stadt als öffentlicher Raum beiträgt zur Sicherung von Lebensqualität, Chancengleichheit, bezahlbarem Wohnraum, erreichbaren sozialen Einrichtungen sowie Entfaltung und Kommunikationsspielräumen über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg und quer vor allem durch alle Generationen. Das Programm Soziale Stadt nimmt auf dieses Ziel Bezug.

Ressortübergreifende, integrative und partizipatorische Ansätze sollen gleichzeitig verfolgt werden. In dieser Allgemeinheit können wir als Industriegewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt dem Programm durchaus zustimmen, zumal wir bereits 1987 in unserem Programm „Arbeiten, wohnen und leben in sozialer und ökologischer Perspektive“ einen ähnlichen Rahmen abgesteckt haben. Doch im Vergleich zu unserem Programm gibt es einige wesentliche Unterschiede. In der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich dazu drei Thesen aufstellen:

1. Bürgerschaftliches Engagement kann den Rückzug des Staates nicht ersetzen.
2. Die der Kommune zugewiesene Rolle als Sozialstaat in Reserve ist ohne gesicherte kommunale Finanzen nicht ausfüllbar.
3. Die öffentliche Vergabe muss sich der beschäftigungspolitischen Verantwortung stellen, sie muss den lokalen Arbeitsmarkt, den Mittelstand und das Handwerk stärken.

Zu 1: Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sind ein wesentliches Element demokratischer Entwicklung, sie können aber keinesfalls Investitionen ersetzen. Bürgerschaftliches Engagement ohne gesichertes Investitionsfundament bei einem gleichzeitigen Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau fügt sich leider bruchlos ein in eine neoliberale Auffassung von Eigenverantwortlichkeit, bei der die Schwachen immer wieder die Verlierer sind. Ob so Sozialmilieus zu festigen und nachbarschaftliche Netzwerke zu organisieren sind, ist durchaus zweifelhaft. Eine

von Professor Häußermann vorgelegte Untersuchung zum Thema Stadterneuerung, die auf einer aufwendigen Bewohnerbefragung in zwei Gebieten im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg beruht, kommt zu einem anderen Ergebnis. Obwohl ausreichende Instrumente gegen Luxussanierung und unkontrollierte Mieterhöhung zur Verfügung stehen, müssen sie von den Mietern erst einmal gegen die Eigentümer durchgesetzt werden. In der Untersuchung heißt es, die Mieter seien als Laien mit Eigentümern konfrontiert, die mit der ganzen Kraft des professionellen Akteurs ihre Ziele verfolgen. Ob und unter welchen Bedingungen die Mieter in ihren Wohnungen bleiben, hängt von der sozialen und kulturellen Fähigkeit ab, die sie mobilisieren können. Auf den Punkt gebracht: Studenten und Hochschulabsolventen tun sich in den verhandlungsorientierten Sanierungsverfahren erheblich leichter, ihre Interessen durchzusetzen, andere werden dafür verdrängt. Dieser Prozess wird gerade dann verstärkt, wenn der Wohnungsneubau an Bedeutung verliert. Wenn Selbsthilfe so zum Selbstzweck wird, wird der sozialen Stadt ein Bärendienst erwiesen.

Zu 2: Der Rückzug des Bundes aus seiner wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verantwortung zwingt die Kommunen in die Rolle des Sozialstaates in der Reserve, jedoch ohne die dafür gesicherten finanziellen Spielräume zu haben. Ein Blick auf die Entwicklung der kommunalen Investitionstätigkeit zeigt, dass in den letzten zehn Jahren die kommunale Investition um ein Drittel auf 22,6 Milliarden Euro gefallen ist. In Ostdeutschland ist dies noch gravierender, hier haben sich die kommunalen Investitionen halbiert. Im Vergleich zum Westen liegt das Steueraufkommen bei 40 bis 60 Prozent bei gleichzeitig erheblichem Nachholbedarf in der Infrastruktur. Insofern ist es unverzichtbar, über den Solidarpakt 2 in den neuen Ländern einen entsprechend gesicherten Investitionsrahmen abzustecken. Wenn schon Leistungen auf die kommunale Ebene verlagert werden, was im Interesse von Bürgernähe durchaus sinnvoll sein kann, dann muss dafür auch das Geld bereitgestellt werden. Politische Mitbestimmung muss mit einer Reform der Gemeindefinanzen Hand in Hand gehen. Dies ist, wie wir gehört haben, ja auch angekündigt.

Zu 3: Beteiligungsprozesse werden auch auf einer anderen Perspektive konterkariert, nämlich dann, wenn auf der kommunalen Ebene wirtschaftliche Interessen in Korruption münden. Neben dem Verlust der politischen Glaubwürdigkeit kommt es so zur Fehlleitung knapper finanzieller Ressourcen und zu einer dramatischen Verzerrung des Wettbewerbs auf den lokalen Märkten. Sicherlich ist die Liberalisierung auf dem europäischen Binnenmarkt nicht umkehrbar, doch sie braucht eindeutig Regeln. Dies gilt z.B. für den europaweiten Verkehrsmarkt, auf dem nicht nur die Preise, sondern auch Qualität und Tariflöhne eine Rolle spielen müssen. Der Wettbewerb darf hier nicht dazu führen, dass das Gemeinwohl und die sozialen Kriterien auf der Strecke bleiben. Die Kommunen müssen auch in Zukunft in der Lage sein, ihren öffentlichen Auftrag wahrzunehmen, und frei darüber entscheiden können, ob sie mit eigenen Unternehmen antreten, private Anbieter einschalten oder nach Formen gemeinsamer Beteiligung suchen.

Dies gilt natürlich auch für die Bauwirtschaft. Die Wettbewerbsverzerrung hat für die Unternehmen und vor allem für die Arbeitnehmer mittlerweile dramatische Konsequenzen. Natürlich will ich nicht verkennen, dass viele Bauunternehmer selbst ihren aktiven Part bei Lohndumping, illegaler Beschäftigung und Korruption gespielt haben und immer noch spielen. Aber wenn gleichzeitig die Investitionshaushalte beschnitten werden,

die Baunachfrage z.B. im sozialen Wohnungsbau drastisch sinkt, wird die gegenwärtige Praxis der Vergabe sowohl sozial als auch wirtschaftlich zum Sprengsatz. Derjenige, der die Baupreise bei der Vergabe radikal drückt, fühlt sich nicht verantwortlich für die auskömmlichen Preise, die in Form von unendlichen Subunternehmerketten und als Sozialdumping an die Arbeitnehmer weitergegeben werden. Er fühlt sich nicht verantwortlich für die mangelhafte Qualität, die oft zu erheblichen Auseinandersetzungen in der Gewährleistungsphase und darüber hinaus führt und sich zudem in hohen Betriebskosten niederschlägt. Es fühlt sich auch keiner verantwortlich für den im Umfeld von Sozialdumping entstehenden illegalen Sumpf, dessen Austrocknung schließlich als Aufgabe von Polizei und Staatsgewalt gesehen wird. Es fühlt sich ebenso niemand verantwortlich für die vernichteten Arbeitsplätze: Dies sei schließlich Aufgabe des Arbeitsamtes. Und die ganz Dreisten sehen das Ganze natürlich auch noch als Schuld der Gewerkschaft an.

„Meine“ Organisation, die IG Bauen – Agrar – Umwelt, kämpft seit mehr als zehn Jahren gegen diesen Prozess der organisierten Verantwortungslosigkeit. Ich bin froh, dass wir nun endlich im Bundestag ein Gesetz gemacht haben, und ich hoffe, dass die Mehrheit der Länder dies auch so sieht. Es ist schon eine Irrationalität ohnegleichen, wenn durch die Vergabepaxis der Arbeitsplatzvernichtung am Bau im großen Stil Vorschub geleistet wird und an anderer Stelle in kleinen Sozialprojekten versucht wird, mühsam einige Arbeitsplätze in Nischenbereichen zu initiieren, während gleichzeitig Hunderttausende von Arbeitsplätzen wegfallen. Deshalb sage ich klipp und klar: Die soziale Stadt braucht Regeln, denn sonst hat jede Arbeitsbeschaffungsmaßnahme lediglich Alibicharakter und jedes Langzeitarbeitslosenprojekt kommt zum Erliegen.

Mein Fazit: Wir sagen ja zum Programm Soziale Stadt, wenn soziale Milieus gefestigt werden, wenn Bürgerbeteiligung nicht zur Verdrängung führt, wenn für den sozialen Auftrag die Investitionsmittel der Kommunen gesichert werden und wenn Investitionsentscheidungen auch unter dem Gesichtspunkt der beschäftigungspolitischen Verantwortung getroffen werden.



Wolfgang Tiefensee  
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig



Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit es die europäische Stadt gibt, seit Hunderten von Jahren, ist sie Trägerin kultureller Entwicklung, ist sie Wiege der Demokratie, befördert sie wirtschaftliche Entwicklungen, treibt sie die Infrastruktur voran. Seit es die europäische Stadt gibt, existiert es aber auch ein Auf und Ab von Prosperität und Krise. Seit es die Stadt gibt, wird über deren Bedeutung philosophiert. Und ich bin sicher, wir teilen die Überzeugung, dass nicht zuletzt durch die weitere Integration von Staaten in die Europäische Union der Stadt eine ganz besondere Bedeutung zufällt. Die Stadt ist längst nicht mehr ein hinten angehängter Waggon am Zug. Städte entwickeln sich zu den Lokomotiven gesellschaftlicher Entwicklung. Diese Erkenntnis ist noch nicht bei allen Politikerinnen und Politikern der verschiedenen Hierarchieebenen angekommen. Daher darf ich Ihnen, Herr Bundesminister, für die Initiative dan-

ken, auf diesem Kongress einmal mehr die Bedeutung der Städte zu unterstreichen, ihre Sorgen und Chancen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu stellen.

Der bereits angesprochene Professor Häußermann hat in den 80er-Jahren von einer doppelten Spaltung gesprochen, zunächst einer Spaltung in Städte, die sich aufwärts entwickeln, und von solchen, die abgehängt werden, sodann einer Spaltung, die innerhalb der Stadtgesellschaft stattfindet. Wir umschreiben dies mit dem eigentlich etwas Falsches suggerierenden Begriff der „Entmischung“. Vielleicht sollte man angesichts der Entwicklung nach 1989 von einer dritten Spaltung sprechen, der Entwicklung in Ostdeutschland und jener in Westdeutschland.

Lassen Sie mich zunächst ganz kurz die Situation charakterisieren, dann möchte ich einige wenige Gedanken zu der Frage äußern, wie wir mit dieser Situation umgehen können.

Ich brauche die Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland nicht weiter zu thematisieren. Städte, die wie Leuchttürme herausragen – ich rechne die Stadt Leipzig hierzu –, zählen allenfalls zur Ausnahme. Sie liegen in einem Umfeld, das nicht prosperiert, während die Städte, denen es in Westdeutschland schlecht geht – und derer gibt es einige, Stichwort schwierige Haushaltssituation usw. –, eher in einem prosperierenden Umfeld liegen. Ich lade Sie ein zu einem Spaziergang durch die Innenstadt Leipzigs, wo man besichtigen kann, wie Aufschwung funktioniert. Und ich führe Sie in eine Kleinstadt mit blinden Fenstern, wo man flaniert und allsonntäglich feststellt, dass wieder ein Laden dicht gemacht hat, ein Haus mehr verfallen ist.

Aber auch die Spaltung innerhalb der Städte hat zugenommen. Dies kann man an Leipzig deutlich machen. Da gibt es eben neben dem Waldstraßenviertel mit seinen stolzen Bürgerhäusern, neben der Innenstadt, die Ihresgleichen sucht, drei besondere Problemzonen: erstens die Plattenbausiedlung, und hier der Wohnkomplex 7 und 8, zweitens

Plagwitz und Leutzsch im Westen, ein altes Industriegebiet, und drittens den Leipziger Osten, charakterisiert durch einen extrem hohen Leerstand. Leipzig besitzt ungefähr 300 000 Wohnungen, davon stehen 60 000 leer, 300 000 zu 60 000. Der Leipziger Osten beispielsweise beklagt einen Leerstand von 40 bis 50 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Anzahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger explodiert, die Fragen der Sicherheit spielen eine Rolle, und das Image dieser Stadtteile entwickelt sich wie in einer Spiralbewegung nach unten. Es beginnt ein Prozess der Segregation, der schon oft beschrieben worden ist.

Wie kann man auf diese schwierigen Prozesse reagieren? Albert Einstein, ein Intellektueller, war auch ein sehr verstreuter Professor. Jeden Montag gab er seinen Studenten ein Blatt Papier mit Fragen, die zu beantworten waren. Eines Morgens kam eine Studentin zu Einstein und sagte: „Herr Professor, Sie haben uns den gleichen Zettel wie vor einer Woche gegeben, Sie haben sich geirrt.“ „Nein“, sagte Einstein nach kurzem Überlegen, „ich habe Ihnen zwar die gleichen Fragen gegeben, aber ich verlange andere Antworten.“ Dies ist der Punkt, um den es jetzt geht. Die Probleme ziehen sich über Jahrhunderte hin, wir müssen andere Antworten finden.

*Wir brauchen eine solide Analyse.* Trauen sie niemandem, der von einem homogenen Deutschland, von einer homogenen Situation in den Städten spricht. Man muss sich schon die Mühe machen, mit der Lupe hinzuschauen. Man muss sich mit detaillierten Analysen, wie beispielsweise in Leipzig mit einem „Lebenslagenreport“, beschäftigen, um auf solider Faktenbasis zu arbeiten.

*Die Entwicklung in der Stadt bedarf der Vernetzung aller stadtpolitischen Bereiche.* Auch dies ist bereits angesprochen worden. Da geht es nicht nur um Wohnungsbau insgesamt, nicht nur um Stadtentwicklung im klassischen Sinn oder wie er vor zehn, 15 Jahren verstanden wurde. Da sind vielmehr die kulturelle, die soziale, die infrastrukturelle, aber auch die demokratische Entwicklung, die Entwicklung des politischen Systems einer Stadt, die finanziellen Auswirkungen und die Vernetzung zu den benachbarten Städten, zu den Regionen mit zu bedenken. Das Programm Soziale Stadt ist nach meinem Kenntnisstand das erste Programm, das diese Vernetzungen schaffen will, das erste, mit dem es möglich wird, dass unterschiedliche Bereiche gefördert werden und so auch ein Zusammenklang von finanzieller Unterstützung in diesen unterschiedlichen stadtpolitischen Bereichen erreicht wird. Ich möchte mich an dieser Stelle für diesen hervorragenden Ansatz bedanken.

*Wir müssen die Programme, die existieren, zusammenführen:* Stadtumbau Ost, Soziale Stadt, Städtebauförderung, und es gibt vieles andere, denken Sie an die europäische Ebene und Urban 2. All dies gehört vernetzt, miteinander verzahnt, um noch mehr Synergien zu erreichen, wie es heutzutage heißt. Auch hier bietet das Programm Soziale Stadt eine Plattform, auf der wir aufsetzen können.

*Wir brauchen das Engagement von vielen.* In Leipzig versuchen wir dies, indem wir im Leipziger Osten ein Stadtentwicklungsprogramm „Stadterneuerung und Wohnungsbau“ aufgelegt haben – zusammen mit einem Forum „Soziale Stadt – Leipziger Osten“ unter Beteiligung aller, die an diesem Stadtteil Interesse haben. Schließlich haben wir Gelder hinein gegeben und ein Quartiermanagement eingerichtet. Wir brauchen die Beteiligung von Wohnungsgenossenschaften, von Eigentümern. Es gibt in Leipzig einen Pakt

der Vernunft, in dessen Rahmen versucht wird, die verschiedenen Interessen zu bündeln; so kommt es beispielsweise nicht dazu, dass eine Wohnungsbaugesellschaft wartet, dass die andere „in die Knie“ geht, damit sie dessen Mieter in den eigenen Häusern begrüßen kann.

*Wir brauchen solide finanzielle Unterstützung.* Wir anerkennen sehr, dass es einen deutlichen Sprung in der Unterstützung der Städte durch Programme der Bundesregierung gibt. Dies ist einmalig und schafft uns den Freiraum, den wir brauchen.

*Es geht darum, diese Leistung auch über den Solidarpakt 2 zu verstetigen* – ein Instrument, das erstaunlicherweise in der Versenkung verschwunden ist und derzeit nicht mehr im öffentlichen Bewusstsein vorkommt. Wir haben dann Sicherheit in Ostdeutschland bis zum Jahr 2020. Dies ist eine Plattform, auf der wir mit den Millionen- und Milliardenbeträgen arbeiten können, die notwendig sind, um wirtschaftliche Entwicklung, Forschungsentwicklung, infrastrukturelle und ökologische Entwicklung in diesen Städten voranzutreiben.

*Wir werden neben den so genannten Leuchttürmen, die wir in oder mit einigen Städten errichten, auch innerhalb der Problemstadtbezirke Cluster bilden müssen, die in ihrer Summe funktionieren und mit einer richtigen Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Geschäften, Ökologie, Freizeit in die Viertel ausstrahlen.* Davon konnte ich mich auf einer Reise durch die USA überzeugen, die mich auch in ehemalige Elendsviertel wie die New Yorker Bronx und Harlem führte.

Wir brauchen – und damit möchte ich zum Ende kommen – die richtigen Vergleiche und die richtigen Zeitmaßstäbe, wenn es um die Entwicklung unserer Städte geht. Wir brauchen finanzielle Sicherheit. Meine Frankfurter Kollegin Petra Roth wird sicherlich noch einmal die Gemeindefinanzreform ansprechen. Aber wir brauchen auch den vernünftigen Blick nach Osten. Als jemand, der aus Leipzig kommt, weiß ich: Ich stünde nicht hier, wenn es nicht die Runden Tische in Gdansk, die Aktivitäten in Prag, in Budapest, in Moskau gegeben hätte. Und so schließe ich mit der hoffnungsfrohen Aussage, dass es doch gelingen müsste, in der größer werdenden Europäischen Union bei der Entwicklung der Städte nicht nur auf die eigenen Probleme zu schauen: Wir wollen diejenigen, die zu uns kommen sollen und wollen, begrüßen und nicht vergessen, dass es ihnen in vielerlei Hinsicht noch wesentlich schlechter geht als uns.



Petra Roth

Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main



Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Oberbürgermeisterin der ehemals selbständigen Stadt Frankfurt am Main habe ich die Worte des Bundeskanzlers zur Eröffnung dieses Kongresses außerordentlich gern vernommen. Ich habe mich gefreut, dass er der kommunalen Selbstverwaltung das Wort geredet hat. Ich habe mich gefreut, dass er das Steuerfindungsrecht mit Hebesatzrecht der Kommunen, das im Grundgesetz verankert ist, bestätigt hat. Ich habe mich gefreut, dass er vom „Testgelände Stadt“ gesprochen hat.

Oberbürgermeister aus der Bundesrepublik Deutschland werden bei Weltkongressen, an denen Großstädte aus aller Welt beteiligt sind – ich nahm zum Beispiel für die Bundesrepublik Deutschland am „World Open Economic Development Congress“ der Weltbank teil –, gerne gefragt, wie man mit der kommunalen Selbstverwaltung zurecht gekommen sei. Für diese Städte, von deren Größe und Problemen wir uns kaum eine Vorstellung machen können, geht es beispielsweise darum, wie man gesundheitsfördernde Programme umsetzt, wie klares Wasser, ausreichende Ernährung, Abwasser und überhaupt Gewinnung von Wasser zu erreichen ist. Angesichts dessen ist es mehr als erfreulich, dass Sie mit diesem Kongress zunächst einmal auf all das verweisen, was wir hier in der Bundesrepublik schon erreicht haben. Dies gehört zur Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland in der globalisierten Welt, im Wettbewerb mit den anderen Städten in Europa und in der Welt.

Die Städte, über die ich eben im Zusammenhang mit der Weltbank gesprochen habe, stehen vor anderen Problemen, als wir sie haben. Und das Bild zwischen West- und Ostdeutschland ist auf der Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung nicht sehr unterschiedlich. Denn wir können nur das Programm Soziale Stadt mit der Kompensation der Ausgabemittel finanzieren, wenn die eigene Finanzhoheit, das Generieren lokaler Steuermittel, erhalten bleiben und wenn vor allem das Wegbrechen der Gewerbesteuer demnächst kompensiert wird. Mich erfreut in diesem Zusammenhang, dass sich die Kommission zur Gemeindefinanzreform in den nächsten Wochen konstituieren soll.

Wir haben gestern Wahlprogramme der großen demokratischen Parteien zur Kenntnis genommen. In diesen ist auch einiges zur kommunalen Selbständigkeit der Gebietskörperschaften zu finden. Es ist wichtig, dass das Hebesatzrecht nicht auf die Körperschaftsteuer und nicht auf die Einkommensteuer bezogen wird. Denn die Einkommensteuer ist eine Pro-Kopf-Steuer, durch die Großstädte im Vergleich mit den Umlandgemeinden nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Ich bitte Sie auch zu verstehen, dass wir, die wir hier die Großstädte vertreten, natürlich für unsere Bürgerinnen und Bürger sprechen. Diese wollen nicht nur in einer sozialen – sozial jetzt klein geschrieben – Stadt leben, sondern sie müssen dort arbeiten und mit dem Arbeitsplatz ihr Umfeld finanzieren können unter Einbindung des sozialen Woh-

nungsbaus, der Wohnungsbauförderung, der Bildungspolitik. Wir brauchen in den Städten solche Mittel. Man darf nicht durch eine Umverteilung der Steuermittel, die den Unternehmen abzufordern sind, die Städte zugunsten des Umlands benachteiligen.

Aber die Finanzierung ist nur das eine. Das andere ist die soziale Kompetenz, die den Inhalten von kommunaler Selbstverwaltung eigen ist. Sie gilt es, in die Köpfe unserer Bürgerinnen und Bürger zu transportieren. Und was zeichnet diese soziale Kompetenz aus? Sie umfasst Toleranz und Liberalität, das heißt die Akzeptanz und das Aufnehmen des Fremden, des Andersartigen. Sie spüren, dass ich aus Frankfurt komme und dieses natürlich mit den philosophischen Grundsätzen einer Stadt so formuliere, die sich seit Jahrhunderten unter diesen Freiheitsbegriffen zu der internationalen Stadt entwickelt hat. Ist es denn vor diesem Hintergrund erstaunlich, dass Frankfurt mit 30 Prozent Nichtdeutschen eine Stadt ist, in der wir gewaltfrei mit anderen Kulturen zusammenleben, in der wir das Fremde als bereichernd empfinden, in der Integration stattfindet, ohne dass wir darüber seit 30 Jahren reden, in der wir zusätzlich zu den Programmen, die in der Sozialen Stadt beschrieben sind, demnächst weitere Integrationsmaßnahmen in Form von Einrichtungen für die Jugend, von kirchlichen Einrichtungen, von Stadtplanungsbüros fördern und dies auch gelebt wird? Und deshalb ist es richtig, dass wir uns mit der Kompensation lokaler Mittel in das Programm Soziale Stadt einbringen.

Aber an dieser Stelle ist genauso zu erwähnen, dass wir – und jetzt spreche ich für alle Städte in diesen Maßnahmen – natürlich auch die Genehmigung bekommen müssen, investieren zu dürfen. Die Kommunalaufsicht untersagt uns nämlich das Investieren mit dem Argument, die Haushalte seien im Moment nicht ausgeglichen und die Folgekosten nicht mehr kontrollierbar. Wir haben für den Deutschen Städtetag beim Bundesfinanzminister den Wunsch geäußert, er möge aus dem Erlös der UMTS-Mobilfunklizenzen zehn Prozent für Direktinvestitionen der Städte in das Programm Soziale Stadt zur Verfügung stellen. Das würde bedeuten, dass der Bund die Maßnahmen direkt investiv finanziert. Damit könnten wir in den Städten die Verweigerung der Kommunalaufsicht, der Regierungspräsidien oder auch der Innenminister legal umgehen. Als Oberbürgermeister sind wir überzeugt, dass wir in den Städten soziale Einrichtungen, die auch Stadtentwicklung umfassen, brauchen. Nur dann können wir das Testfeld erfolgreich bewältigen und als Standort Bundesrepublik Deutschland in Europa vom hinteren Drittel in den mittleren und dann wieder in den vorderen Bereich vorrücken. Die Standortfrage ist in der Bundesrepublik Deutschland elementar eine kommunalpolitische Frage. Denn der Bund – nicht als Bundesverwaltung, sondern als Staat – generiert keine Arbeitsplätze. Aber die Politik gibt die Eckwerte vor und entwickelt Strukturen, in denen Unternehmen produzieren können und damit Arbeit geben.

Es ist hochinteressant, sich einmal den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und seit 1989 dann des demokratischen Rechtsstaats in den neuen Bundesländern vor Augen zu führen. Die ersten Entscheidungen nach 1945 sind in den Städten und dann in den Ländern gefallen, bis der Bundestag gewählt wurde. Genauso hat sich der Demokratieprozess in den neuen Bundesländern von den Städten her entwickelt. Was besagt denn das? Es heißt, dass Sie alle als Bürgerinnen und Bürger hier Institutionen schaffen über das Grundgesetz, die Länderverfassungen, die kommunale Selbstverwaltung – weil Sie wissen, was Sie brauchen. Sie wissen, wo der Kindergarten hin gehört, welche Fortbil-

dungsmaßnahmen gebraucht werden. *Sie* wissen, wie künftig die Integration der jetzt alt werdenden Singlehaushalte durch neue Altenpolitik aussehen muss.

Die Vielfalt der Gesellschaft: das ist jeder Einzelne. Und das wird wirksam über die kommunale Selbstverwaltung. Dort sind die Gremien angesiedelt, die dann die Soziale Stadt – sozial jetzt groß geschrieben – umsetzen. Wir werden uns als Städte daran beteiligen. Aber bitte, Herr Bundesminister, sorgen auch Sie dafür auf all den Ebenen, auf denen es entsprechende Entscheidungsmöglichkeiten gibt. Ich denke hier an die Gemeindefinanzreform, an das Konnexitätsprinzip – es besagt, salopp gesprochen: wer bestellt, der zahlt – und an die Forderung nach kommunaler Entscheidungskompetenz in einem eigenständigen Gesetz für Behinderte. Beispielsweise ist es, was Letzteres betrifft, nach dem Bundessozialhilfegesetz so, dass wir als Städte die sozialpolitischen Ausgaben in der Folge des Gleichstellungsgesetzes für Behinderte selbst bezahlen müssen. Wir sollen nach dem Grundgesetz eine gleiche Lebensform in der gesamten Republik ermöglichen. Ich bin der Ansicht, dass die entsprechenden Kosten dann der Bund bezahlen muss. Dies sind nur ein paar Beispiele; ich könnte die Reihe fortsetzen.

Wir Städte sind die „Testgelände“ der Gesellschaft. Wir sind Testgelände, auf denen das Miteinander im höchsten Maße herausgefordert wird. Wir müssen darauf achten, dass wir den Dialog um unsere Zukunft in den Städten nicht im Gegeneinander, sondern auf der Grundlage von Führung – Führung im Sinne von Wissen, wie es gehen könnte – zusammen mit den anderen Institutionen der Bundesrepublik führen.

Erhalten Sie uns bitte die Selbstverwaltung. Wir wissen, dass dies nicht einfach ist und wir die Unterstützung der Bundesregierung auf europäischer Ebene brauchen. Denn kommunale Selbstverwaltung ist in den anderen großen europäischen Städten in dieser Form nicht vorhanden. Wir möchten unsere Gesellschaft weiterentwickeln mit all den Ressourcen und Potenzialen, die in den Städten vorhanden sind.

Wenn ich auf die Teilnehmerliste des Kongresses schaue, weiß ich, dass hier heute im Grunde genommen die „Umsetzer“ versammelt sind. Nehmen Sie dieses Statement mit: Die Politik steht an Ihrer Seite. Setzen Sie die Verbesserung des gesellschaftlichen Miteinanders in den Städten, aus denen sie hierher gekommen sind, weiter um!



Christian Ude  
Oberbürgermeister München



Meine Damen und Herren, Sie werden sich vielleicht wundern, wieso München sich am Programm Soziale Stadt beteiligt. Ist das überhaupt notwendig? Oder anders gefragt: Ist das nicht eine Fehlleitung von Ressourcen, wenn eine Boomtown mit weniger als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, mit weniger als zwei Prozent Leerstandsrate bei Gewerberäumen, mit einem ständigen Rückgang der Sozialhilfeempfänger, mit einem eklatanten Fachkräftemangel, eine Stadt, in der Auszubildende mit dem Lasso eingefangen oder per Inserat in anderen Landesteilen gesucht werden und die im vergangenen Jahr vor allem die Greencard-Debatte geführt hat, wer am schnellsten fehlende Linder her bringt, wenn eine solche Stadt soziale Probleme benennt und Mittel für die Lösung anfordert.

Ich denke, dass es zur differenzierenden Betrachtung, die Wolfgang Tiefensee eingefordert hat, gehört, nicht bei der Betrachtung einer Glitzerfassade stehen zu bleiben, sondern genauer hinzuschauen. Alle Fakten, die ich eben aufgeführt habe, stimmen zwar, sind aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere lautet, dass die Boomtown natürlich unter Wohnungsmangel, unter Mietenexplosion, unter erschreckend zunehmender Wohnungslosigkeit leidet, dass die Zahl der Obdachlosen wöchentlich um 40 bis 60 steigt, dass alle Bevölkerungsgruppen mit stagnierendem Einkommen unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten leiden, dass es eine zunehmende Armut vor allem kinderreicher Familien gibt.

Boomtown ist als oberflächlicher Befund richtig, ändert aber nichts daran, dass es die Kehrseite, nämlich eine wachsende neue Armut und natürlich auch problembeladene Viertel gibt – wobei ich unmittelbar anschließen kann an meine Frankfurter Kollegin Petra Roth, dass nicht die Zuwanderung das Problem ist. Wir haben ein Viertel direkt hinter der weltberühmten Bavaria mit dem höchsten Ausländeranteil in München, in Grundschulklassen weit über zwei Drittel. Dort sind weder besondere Konflikte, noch besondere Problemlagen festzustellen, sondern im Gegenteil, hier besteht tatsächlich eine reizvolle multikulturelle Szene.

Problemgebiete, die wir für das Projekt Soziale Städte vorgeschlagen haben, schauen ganz anders aus: Es sind Sozialbaureviere der 60er-Jahre, in denen im Wesentlichen heute noch die damals eingezogenen Parteien leben, also eine weit überalterte Bevölkerung. Es handelt sich um ein Viertel ohne lebendige Infrastruktur, weil es sich nicht rechnet, dort Filialen zu eröffnen; auch soziale Angebote sind spärlich, und Jugendliche, wenn es sie gibt, stehen ohne entsprechende Betreuungsangebote auf der Straße. Dort verstärkt jede frei werdende Wohnung das Problem des Minderwertigkeitskomplexes oder des schlechten Images des Viertels. Denn natürlich wird jede frei werdende Wohnung vom Wohnungsamt für die dringlichsten Fälle in Anspruch genommen. Und dies sind nun einmal Ausländerhaushalte mit vielen Kindern oder Personen mit mehreren

Handikaps, die auch entsprechend sozial auffällig in Erscheinung treten. Als das größte Problem nennt die ortsansässige Bevölkerung die Wohnungsvergabe, eben weil diese an die dringlichsten Fälle erfolgt und nicht an aufstrebende Mittelschichten, die man lieber im eigenen Viertel hätte.

So ist das Revier noch nicht gekippt, wie Stadtsoziologen sagen würden, aber man sieht eine Abwärtsbewegung, eine Verschlechterung des Ansehens, eine Weigerung von potenziellen Erwerbern, dort durchaus attraktive und preisgünstige Eigentumswohnungen zu kaufen. Diese müssen wie Sauerbier angeboten werden, während ansonsten in der gesamten Stadt eine wahnsinnige Nachfrage fast ohne rationale Preiskontrolle herrscht. Diese Reviere haben wir auch. Und deshalb hat sich die Stadt München schon 1999, als hier in Berlin das Programm vorgestellt wurde, um Projekte beworben, und davon will ich auch erzählen.

Aber vorweg doch einige Klarstellungen, damit wir nicht den Blickwinkel verengen auf einige Nischen, wie Klaus WieseHügel hier treffend gesagt hat. Diese Verengung darf nicht stattfinden. Deswegen möchte ich gerne vorweg sagen: Eine soziale Stadt – wenn damit die gesamte Stadt gemeint ist und nicht ein Projekt in einem Viertel – muss eine leistungsfähige Stadt sein. Nur die finanziell leistungsfähige Stadt, die auch in den kommenden Jahren alle vorhandenen Kultur- und Sozialeinrichtungen sowie Schulen finanzieren und neue Kinderbetreuungseinrichtungen dazu bauen und mit Personal ausstatten kann, ist eine soziale Stadt. Wenn uns die finanzielle Leistungsfähigkeit verloren geht, weil die Gewerbesteuer weg bricht, weil wir trotz sinkender Gewerbesteuererlöse auch noch eine erhöhte Umlage an Bund und Länder zahlen müssen, weil uns Aufgaben aufs Auge gedrückt werden, wie es jetzt mit der Grundsicherung geschieht und mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geschehen soll, dann legt dies die Axt an die Leistungsfähigkeit der Kommunen. Dann werden die Kommunen insgesamt im gesamten Stadtgebiet den europäischen Standard an sozialer, kultureller und schulischer Infrastruktur, den wir gewohnt sind, nicht aufrechterhalten können – das muss in aller Dramatik hier gesagt werden, wenn wir uns unter dem Anspruch der sozialen Stadt treffen.

Genauso wichtig ist es, die Proportionen zu sehen. Ich stimme Klaus WieseHügel ausdrücklich zu, wenn er sagt, es sei zwar richtig, eine Handvoll, einige Dutzend arbeitslose Jugendliche oder Frauen in der Familienphase oder spät vermittelbare Arbeitskräfte mit längerer Arbeitslosigkeit in Beschäftigungsprogrammen, in Stadtteilläden oder sonst wo zu beschäftigen, aber es seien doch in der Relation nur Tropfen auf dem heißen Stein, wenn wir gleichzeitig miterleben müssen, dass ganze Gruppen von Erwerbstätigen einem Sozialdumping erliegen. Dies ist für die Bauwirtschaft sehr eindrucksvoll geschildert worden. Wir erleben es sogar als Arbeitgeber bei den eigenen Busfahrern, dass wir sie drücken sollen, damit sie im Preiswettbewerb mit privaten Anbietern konkurrenzfähig sind. Eine widersinnige Politik, denn wir treiben hier Familienväter auf dem sündteuren Pflaster München in ihren Einkommen herunter, bis sie irgendwann als Bedürftige beim Projekt Soziale Stadt wieder vor der Tür stehen. Soziale Stadt muss also auch eine weitsichtige Arbeits- und Sozialpolitik beinhalten.

Das Problem der Relationen müssen wir auch auf dem Wohnungsmarkt im Auge behalten, wobei mir klar ist, dass ich hier über eine Sondersituation spreche, die es vielleicht in Frankfurt, Stuttgart und Hamburg gibt, aber die beispielsweise in den von Wolfgang

Tiefensee dargestellten Städten so nicht vorhanden ist. Die Wohnungsnot – sie ist die Kehrseite der Arbeitsmarktsituation, das ist in mehreren Wachstumsregionen so. Wir müssen, hier in der Tat genau hinschauen und differenzieren. Aber ich habe es satt, mir erzählen zu lassen, dass der Wohnungsmarkt in Deutschland ausgeglichen ist, weil ich keinem einzigen Wohnungssuchenden in München eine leer stehende Wohnung in Halle anbieten kann. Die Bundespolitik ist demnach gehalten, genau hinzusehen und auf die vollkommen unterschiedlichen Problemlagen jeweils örtlich richtige Antworten zu geben. Das heißt aber, dass es in Wachstumsregionen mit Wohnungsbedarf Wohnungsbauprogramme geben muss. Wir als Kommune strengen uns mit 100 Mio. Euro jährlich an, wir wollen 1 800 Wohnungen jährlich öffentlich fördern, 150 davon direkt für Obdachlose und über 1000 für Durchschnittsverdiener mit Kindern.

Trotz dieser großen Probleme, die nur mit großen Lösungen angegangen werden können, gibt es aber das Problem der Viertel mit besonderen Defiziten. Und hier halte ich das Programm Soziale Stadt für sehr wichtig. Diese Ergänzung zur traditionellen Wohnungsbaupolitik haben wir dringend gebraucht.

Ich möchte jetzt die Stufen schildern, die ich nicht gleichermaßen ernst nehmen kann. Die erste Stufe ist die sprachliche Beschönigung der Probleme. Diese ist scheinbar unvermeidbar, wenn Sozialarbeiter, Sozialtherapeuten, Gemeinderäte, Architekten und Stadtplaner zusammenwirken. Aber die Sprachflut, die hier über einen herumpurzelt, kommt mir manchmal schon recht komisch vor. „Mama“, heult der Bua, „warum müssen mir in einem Glasscherbenviertel leben, wo dauernd Zoff ist?“ Nach einem Jahr Zukunftswerkstatt würde die Mutter dem Buben links und rechts eine runterhauen: „Das heißt nicht ‚Glasscherbenviertel‘, das heißt ‚infrastrukturell defizitäres Wohnquartier mit sozialräumlicher Polarisierung‘.“ Etwas weniger Sprachgeklüngel und mehr Verständlichkeit im Hinblick auf die Bevölkerungsgruppen, um die es geht, täte auch Sozialplanern, Stadtplanern, Architektenteams gut.

Zweite Feststellung: Ein grandioser Ansatz ist der ganzheitliche Ansatz, die ressortübergreifende Zusammenarbeit, die interdisziplinäre Kooperation. Aber auch hier sehe ich aus der etwas spöttischen Beobachtung durchaus markante Probleme. Die Vernetzung mehrerer Sozialarbeiter miteinander und deren Vernetzung mit Sozialtherapeuten und Pfarrgemeinderäten und Stadtplanungsbüros ist eine so umfassende Aufgabe, dass bei der Vernetzung Kommunikationsprobleme entstehen, deren Bewältigung viele Workshops erfordert. Und es soll Fälle gegeben haben – ich nenne keine Stadtnamen –, in denen die Vernetzungsarbeit ein so befriedigendes Betätigungsfeld ergeben hat, dass gar nicht mehr auffiel, dass die Wohnbevölkerung nicht mehr dabei war.

Die Vernetzung ist aber unbestritten der richtige Ansatz, sie muss nur eng mit der Bürgerbeteiligung gekoppelt sein. Die Bürgerbeteiligung, die professionell angeregt, stimuliert, unterstützt und abgefragt wird, kann aber vollkommen unterschiedlich ausgehen. Um die Extreme zu nennen: im Glücksfall wird erreicht, dass erstmals die Sprachlosen Stimme erhalten, dass erstmals Berufsschüler und Lehrlinge sich so äußern wie sonst nur Gymnasiasten und Studentenvertreter, dass auch mal Rentnerehepaare sich äußern und nicht nur rechtsschutzversicherte Lehrerehepaare – das ist der Glücksfall, den Sprachlosen Stimme geben. Aber es gibt immer wieder auch den Unglücksfall der Professionalisierung bewährten Querulantentums – und dafür sollten wir nicht Steuergelder verpulvern, diese Aufgabe erfordert Sensibilität.

Was geschieht konkret? Ich denke, psychologisch enorm Wichtiges, real hält es sich aber in Grenzen. Wir haben in dem genannten Quartier Hasenberg alle Aktivitäten mit den Akteuren vor Ort gebündelt, um eine Imageverbesserung zu erreichen. Das geschieht schon durch die Medienberichterstattung und das Engagement aller Akteure, allen voran der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände. Wir haben bei der Bürgerbeteiligung noch nicht die Schweigenden erreicht. Aber wir haben mehr einbezogen, als es im politischen Alltagsbetrieb der Bezirksausschüsse, der Stadtteilvertretungen oder der satt-sam bekannten Bürgerinitiativen der Fall gewesen wäre. Wir haben für die Jugendlichen in diesem Viertel wirklich grandiose Angebote. „Junge Arbeit“ heißt das Projekt gemeinsam mit der Bürgerbeteiligung mit einem privaten Bauträger und dem Arbeitsamt. Hier können dauerarbeitslose Jugendliche –, das gibt es ja auch schon – die Berufe des Malers, des Siebdruckers, des Schreiners, des Betonbauers erlernen und sich gleichzeitig bei Projekten im Viertel für die Verbesserung des Quartiers einsetzen – zum Beispiel bei der Platzgestaltung, bei der Fassadengestaltung, bei der Innenausstattung eines Kaufhauses, bei der Einrichtung eines Stadtteilladens. Ich halte das jetzt für wirklich gelungen, dass Jugendliche nicht nur von der Straße wegkommen, sondern eine qualifizierende Tätigkeit erlernen und sie so anwenden, dass sie sich im Viertel bei den Platten auf dem Platz oder an der Fassade des Kaufhauses oder in der Inneneinrichtung des Stadtteilcafés in ihren Werken wieder finden. Eine solche Identifikation gerade etwas entwurzelter Jugendlicher mit dem Viertel ist das Beste, was man sich beispielsweise gegen Vandalismus oder zur Verbesserung der Sicherheitssituation vorstellen kann.

Ich komme zur Bewertung:

1. Soziale Stadt als Projekt und auch als Projektbündel kann die Leistungsfähigkeit, also die ausreichende Finanzausstattung der Städte, nicht ersetzen.
2. Das Programm ist nicht Ersatz, aber unerlässliche Ergänzung für die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Wohnungsbaumaßnahmen, die in den Städten vorrangig gelöst werden müssen.
3. Das Programm hilft uns tatsächlich, vorbeugend soziale Zuspitzungen zu vermeiden und soziale Brennpunkte zu entschärfen, wenn die Mittel dauerhaft und damit planbar sind. Wenn es sich nur um Anschubfinanzierungen gehandelt haben sollte mit der Folge, dass die Städte dann ein paar Probleme mehr haben, wenn die Anschubfinanzierung aussetzt, wäre der Erfolg nur sehr vorübergehend gewesen. Ich wünsche mir den anhaltenden Erfolg.